



Interviews

Datum: 9. August 2024

Stefan Heinlein im Gespräch mit Sebastian Hartmann

Heinlein: Am Telefon nun der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Sebastian Hartmann, guten Morgen.

Hartmann: Guten Morgen, Herr Heinlein.

Heinlein: Herr Hartmann, wenn bei Ihnen, in Ihrem Wahlkreis im Rhein-Sieg-Kreis ein Mitbürger verletzt wird bei einem Messerangriff, wollen Sie dann am Ende des Tages wissen, woher der Täter kommt, welche Nationalität er hat oder ist Ihnen das völlig egal?

Hartmann: Das Wichtigste ist, dass die Straftat erst mal verhindert wird, dass Behörden gut ausgestattet sind und dass wir erkennen, welche Zusammenhänge bestehen, warum Tatbegehungen stattfinden. Deswegen kann die Nationalitätennennung sinnvoll sein, wenn sie zur Einordnung der Tat dient oder wenn wir entsprechende Abhängigkeiten sehen. Aber das hat auch andere Ursachen. Schwerpunkte, Tatbegehung, soziale Herkunft. Das ist nicht auf eine Nationalität reduziert. Und sehr häufig sind es eben auch deutsche Straftäter, wenn man an Gewaltdelikte und anderes denkt. Also da ergibt nicht immer pauschal ein Erkenntnisgewinn aus der Nationalität den Anlass und schon gar nicht zur Begründung oder Erklärung einer Straftat.

Heinlein: Was sind denn die Kriterien, nach denen es Ihrer Meinung nach sinnvoll ist, die Nationalität eines Tatverdächtigen zu nennen?

Hartmann: Wir können die Taten einordnen, wenn es um bestimmtes Tatgeschehen geht. Wir können erkennen, dass zum Beispiel umgekehrt Ausländer ja natürlich für ausländerrechtliche Verstöße entsprechend – ich sage mal illegaler Grenzübertritt oder Ähnliches – verantwortlich gemacht werden können. Oder wir haben in der

jüngsten Debatte der polizeilichen Kriminalitätsstatistik erkannt, dass es einen Anstieg auch nicht deutscher Tatverdächtiger gibt. Und dann muss man in der Deliktform schauen, entspricht das eigentlich Zuwanderungszahlen oder liegt das überdurchschnittlich? Gleiches haben wir für Kinder und Jugendliche erkannt, um zu erkennen, gibt es neue Phänomenbereiche. Oder bei der politisch motivierten Kriminalität. Das kann einen statistischen Effekt auch bedeuten, dass man das noch mal einordnet.

Heinlein: Ist es bei einer Messerattacke auf einem Marktplatz in jedem Fall sinnvoll – ich möchte es einmal so zuspitzen – in jedem Fall sinnvoll, die Nationalität zu nennen?

Hartmann: Es kommt auf den Einzelfall an. Darum ist ja auch bei den jüngsten Attacken eine Einordnung vorgenommen worden, auch, was das Tatgeschehen angeht. Das haben Polizei und Staatsanwalt und insbesondere Journalistinnen und Journalisten mit der entsprechenden Sorgfalt getan. Deswegen sind diese Taten auch der Öffentlichkeit interessiert, öffentlich auch so aufbereitet worden, dass man sie einordnen kann. Da gibt es keine Kritik.

Heinlein: Herr Hartmann, nun wabern ja nach jeder Messerattacke, nach jeder Gewalttat sofort Gerüchte und Falschmeldungen über die Täter im Netz. Wie kann man das verhindern?

Hartmann: Indem man diese Debatte in der notwendigen Verantwortung führt. Wer es nicht tut, ist der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul. Herbert Reul ist ein Ankündigungsminister. 2019 hat er bereits angekündigt, er wolle zukünftig die Nationalität von Straftätern nennen. Das war im August. Und das ist jetzt fünf Jahre her. Er macht jetzt in der Sommerpause wiederum dieses Thema auf. Er hat es fünf Jahre lang nicht auf die Kette bekommen und er versucht hier ein Thema aufzumachen. Und wir diskutieren dann in dem Moment nicht darüber, dass die polizeiliche Kriminalitätsstatistik für Nordrhein-Westfalen nicht günstig ausfällt oder wir auch eine Sprengserie von Geldautomaten haben. Also es ist auch politisch motiviert, dass die CDU darüber redet. Und bei der FDP erst recht.

Heinlein: Nun gibt es ja einen aktuellen Anlass. Blicken wir über den Kanal nach Großbritannien. Da ist ja nach diesen schrecklichen Morgen an den drei Mädchen in Southport derzeit zu beobachten, was Falschmeldungen und Desinformationen über die Täter bewirken können. Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie daraus? Ist das nicht die richtige Schlussfolgerung von Herbert Reul, wenn er sagt, nein, wir müssen dieser Desinformation gegensteuern, indem wir eben Ross und Reiter nennen und die Nationalität der Täter öffentlich machen?

Hartmann: Wenn es so wäre, wäre Herbert Reul auf einem richtigen Weg. Aber Herbert Reul hat es vor fünf Jahren angekündigt. Er hat es vor fünf Jahren nicht gemacht. Also nehme ich ihm in dieser Debatte kein Wort ab, um das auch deutlich zu nennen. Denn er hätte es seit fünf Jahren als verantwortlicher Innenminister regeln können. Er kündigt nur an. Und darum sind alle, die in Verantwortung stehen, wirklich dazu aufgerufen zu fragen: Bringt es hier voran? Ich bin für die Nennung von Nationalitäten, wenn es im Tatzusammenhang auch wirklich erforderlich ist. Ich will das überhaupt nicht ausschließen, sondern es ist ein Gebot der Transparenz. Es kann übrigens auch dazu führen, dass der Vorwurf, dass etwas verschwiegen wird oder gar unabhängigen freien Medien der Vorwurf der Lügenpresse gemacht wird, zukünftig unterbleibt. Das ist sehr wichtig. Aber mit Blick auf die FDP – die FDP diskutiert nicht über eine Vorratsdatenspeicherung. Die FDP blockiert seit Jahren das Wafferecht, das die SPD verschärfen möchte. Wir wollen Messer in der Öffentlichkeit ausschließen. Wir wollen mehr Daten austauschen, auch über psychologische Profile von Waffenbesitzern. Und mit der FDP kann man auch nicht darüber reden, dass wir mehr Haushaltsmittel brauchen. Also ist mir die Diskussion rein um eine Nationalitätennennung, wenn es um innere Sicherheit geht, viel zu wenig. Wir müssen viel mehr tun.

Heinlein: Herr Hartmann, Sie haben jetzt zweimal Herbert Reul direkt kritisiert. Sie kommen aus Nordrhein-Westfalen. Hat denn Herbert Reul, hat denn die Landesregierung die Unterstützung der NRW-SPD, zu der Sie gehören, wenn er seiner Ankündigung nun Taten folgen lassen will, indem er eben tatsächlich das umsetzt, was er jetzt angekündigt hat?

Hartmann: Ich spreche heute als innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, der aber aus Nordrhein-Westfalen kommt, sehr gerne darüber, dass die SPD hier ganz klar auch in den Ländern deutlichgemacht hat, zum Beispiel Georg

Maier oder auch Daniela Behrens, dass wir eine sachliche Debatte führen wollen, dass wir die Nationalitätennennung befürworten, dann, wenn es zur Einordnung des Tatgeschehens kommen soll. Wir sind da an der Seite der Gewerkschaft der Polizei. Eine pauschale Nennung oder eine Ablenkungsdiskussion, ob man nur über die Nationalität sprechen soll, machen wir nicht mit, weil sie von den tatsächlichen Ursachen ablenkt. Es ist nämlich nicht die Nationalität entscheidend, sondern das soziale Umfeld, die Sozialisierung und übrigens auch Tatgelegenheiten. Das ist entscheidend. Wir wollen insgesamt das Niveau der inneren Sicherheit in Deutschland heben. Dazu gehört auch eine vernünftige Ausstattung oder Verbesserung des Rechtsstandes. Das sind Dinge, wo sich teilweise laute Stichwortgeber hier in der Öffentlichkeit vom Acker machen. Und wenn es darum geht, zum Beispiel auch dafür zu sorgen, dass ein Asylrecht modernisiert wird in Deutschland, dass endlich nur die kommen, die tatsächlich asylberechtigt sind, war es bei der CDU ja auch Fehlanzeige.

Heinlein: Sie haben es in einer Antwort bereits angedeutet. Wie wichtig ist eine schonungslose Transparenz für das Vertrauen der Menschen in Politik, Medien und Sicherheitsbehörden, die Gewissheit, dass keine Information, wenn eine Tat geschieht, verschwiegen wird?

Hartmann: Jenseits der statistischen Sicherheit, mit der man wenig argumentieren kann, wenn es um eine gefühlte Sicherheit geht – das hängt auch mit der Häufigkeit von Nennung von Taten zusammen – bringt es nichts, mit einer Statistik zu argumentieren. Die Menschen in diesem Land müssen sich darauf verlassen können, Deutschland ist ein sicheres Land. Und das bedeutet, dass man entsprechende Mittel zur Verfügung stellt, dass man Statistiken ehrlich einordnet, dass man aber auch Zusammenhänge nennt. Und ich habe es auch bei der Vorstellung der polizeilichen Kriminalitätsstatistik gesagt. Wir kriegen ein Problem, wenn wir über junge Tatverdächtige sprechen. Wir kriegen ein Problem, wenn es um Messerkriminalität geht. Das Messer, das einfach mitgeführt wird und damit eine Tatgelegenheit geschaffen wird. Wir müssen das Messer im öffentlichen Raum zum Beispiel ächten. Es darf das nicht geben, um auch diese Tatbegehungsmöglichkeit zu verhindern. Und diese Debatte muss in aller Offenheit, in aller Schonungslosigkeit auch geführt werden. Und wenn es bestimmte Zusammenhänge gibt, ich sage auch, wir verpflichten ja auch die freiheitlich demokratische Grundordnung, dann ist das von großer Bedeutung. Ich habe aber angesichts der öffentlichen Debatte auch ein hohes Vertrauen in die öffentlichen und privaten Medien, dass entsprechende Transparenz hergestellt wird.

Unser Gespräch heute Morgen ist zum Beispiel eine Gelegenheit, das objektiv einzuordnen.

Heinlein: Aber es gibt ja den Vorwurf, nicht nur an die Politik, sondern auch an uns Medien, Stichwort Lügenpresse, dass wir Dinge verschweigen, dass wir eben nicht öffentlich machen, wer dahintersteckt. Also noch einmal: Ist Transparenz nicht wichtiger als Rücksichtnahme, als politische Korrektheit?

Hartmann: Das steht nicht im Gegensatz. Es geht nicht um politische Korrektheit. Ich bin aus Nordrhein-Westfalen. Ich bin für die Hauptsätze bekannt. Ich nenne auch gerne den Sachzusammenhang. Wir wollen doch aber hier nichts verschweigen. Darum geht es doch gar nicht. Und die Medien ...

Heinlein: Aber es gibt diesen Vorwurf.

Hartmann: Ja, aber wenn ich zum Beispiel sehe, dass bestimmte Vorwürfe jenseits jeder Grundlage sind, ich kann auch darüber diskutieren, dass eine bestimmte Gruppe von Personen eben in der Lage ist, Steuerhinterziehung zu begehen oder überhaupt Kapitalanlagebetrug. Das sind diejenigen, die besitzen und überhaupt Steuererklärungen abgeben. Dann könnte ich ja auch da eine ganz andere Spaltung in die Gesellschaft bringen. Das müssen wir vermeiden. Und die Tatbegehung ist nicht zu begründen aus der Nationalität selbst.

Heinlein: Im Deutschlandfunk heute Morgen der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Sebastian Hartmann. Vielen Dank für das Interview und auf Wiederhören.

Hartmann: Gerne.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

